

RUANDA

Afrikanischer Wahlkampf

Dreieinhalb Monate vor den Wahlen geht Präsident Paul Kagame, 52, immer rabiater gegen politische Gegner vor. In der vergangenen Woche ließ er seine gefährlichste Konkurrentin, Victoire Ingabire, vorübergehend verhaften. „Leugnung des Völkermords“ wird ihr vorgeworfen. Möglich machen das umstrittene Paragraphen des ruandischen Strafrechts, die erlauben, fast jede kritische Äußerung als gefährliche ethnische Hetze zu diffamieren. Zu Beginn der Woche waren bereits zwei Generäle, darunter der ehemalige Luftwaffenchef, festgenommen worden. Ihnen werden Korruption und Missbrauch im Amt zur Last gelegt. Mitte April hatte die staatlich kontrollierte Medienauf-



Kagame

sicht zwei kritische Wochenzeitungen für die kommenden sechs Monate verboten. Die wiederum waren einer „falschen und aufhetzenden Berichterstattung“ bezichtigt worden. 16 Jahre nach Ende des Bürgerkriegs scheint der Rückhalt Kagames im Staatsapparat zu schwinden. 1994 war er an der Spitze seiner Rebellenarmee in Kigali eingezogen und hatte damit den Völkermord beendet. Nun spricht man in der Hauptstadt schon von einem möglichen Putsch. Ruanda ist wegen seiner hohen Wachstumsraten eines der Vorzeigeländer der internationalen Gebergemeinschaft. Der Global Fund will gerade wieder 389 Millionen Dollar für die HIV-Bekämpfung geben, die Weltbank gewährte 122 Millionen Dollar für den Staatshaushalt.



BARBARA WALTON / DPA

Barrikade in Bangkok

THAILAND

Bürgerkrieg in Bangkok?

Regierungsgegner und die Polizei liefern sich in den Straßen Bangkoks immer heftigere Auseinandersetzungen. Bis zum Freitagabend wurden 86 Menschen verletzt, mindestens einer starb nach Granatenexplosionen. Die Regierung machte „Terroristen“ für die Anschläge verantwortlich. Die Demonstranten forderten, den Vorfall genau zu untersuchen und sagten, sie seien zu Gesprächen bereit. Eine ihrer Bedingungen: Die Regierung

soll die Opposition nicht weiter schikaniaieren und behindern. Vor allem im Internet versucht Premierminister Abhisit derzeit massiv die Meinungsfreiheit zu beschneiden. Auf Weisung des staatlichen „Zentrums zur Lösung der Notstandssituation“ wurden schon 190 kritische Websites geschlossen. Selbst Seiten von BBC und CNN waren in Thailand zeitweise nicht mehr abrufbar. Häufigster Vorwurf: Aufwiegelung, Pornografie, Majestätsbe-

ARABISCHE EMIRATE

Strenge Bettenkontrolle

Vergangenen Montag begann die Kampagne: Seither durchkämmen Polizeikräfte Schlafzimmer für Schlafzimmer, Wohnung für Wohnung, um im Emirat Schardscha wilde Ehen auszuheben. „Wir haben ein Pärchen gefunden, einen Araber und eine Asiatin“, meldete Polizeichef Jussuf Mussa al-Nakbi, „sie lebten widerrechtlich zusammen

und hatten zwei Kinder.“ Beides sei nach den Gesetzen der Vereinigten Arabischen Emirate und der Scharia verboten. Ertappte Familien ohne Trauschein werden dem Staatsanwalt angezeigt, die wilden Paare könnten zu hundert Peitschenhieben verurteilt werden. Anwälte allerdings gehen davon aus, dass es bei einer Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr bleiben könnte, gefolgt von einer Ausweisung, falls es sich um Ausländer handelt. Schardscha ist der kleine Nachbar von Dubai, und was dem Emirat an